

# Dresdner Volkszeitung

Postkassens: Dresden.  
Raben & Comp., Str. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Litke

Abonnementpreis: 120 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250 000.— M.  
Einzelnnummer 60 000.— M.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schiffvermittlung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 Spalten, Nonpareilzeile 100 000.— M., auswärts 120 000.— M., die 8 Spalten, Nonpareilzeile 400 000.— M., auswärts 500 000.— M., Ausland 400 000 u. 1 200 000 M. Bei mehrmaliger Auftragserteilung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rab. für Brieflieferungen 40 000 M.

Nr. 198

Dresden, Sonnabend den 25. August 1923

34. Jahrg.

## Garantiepolitik außen — und innen

Stresemanns Erklärung an Poincaré — Wirtschaftliche Sicherheiten — Nun aber Erfassung der Sachwerte!

### Der Prüfstein für die große Koalition

Das Kabinett Stresemann hat durch eine Rede des Reichszanklers am Freitag den ersten Schritt zu einer klar überlegten, aber aktiven und entschlossenen Auslands-politik getan, die bewußt und planmäßig auf Ermög-lichung von Verhandlungen in der Reparations- und Ruhrfrage hinausläuft. Entscheidend für die Er-lärungen des Zanklers mußte sein, daß er zunächst die Sicher-heit der neuen Regierung feststellt und ihre Entschlossen-heit betont, die Erfüllungspolitik im Rahmen des Mög-lichen unbedingt wieder aufzunehmen. Es mußte weiter als Voraussetzung jeder Verhandlung die Garantiefrage klar entschieden werden, und zwar im Sinne fester Ent-schlossenheit, einwandfrei sichere wirtschaftliche Garantien für Deutschlands Zahlungsfähigkeit und Zahlungswilligkeit zu geben. Das hat Stresemanns Erklärung getan, so daß nun zweifellos jeder Welt bekannt geworden ist, daß Deutsch-land seine Pflicht der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaues erfüllen wird und für die Er-füllung genügende Sicherheiten gewährt.

Dabei ist in sehr richtiger Weise für die Garantie die Wirtschaft des ganzen Reiches bezogen worden, nicht die Schätze eines bestimmten Landes, also der Rhein- und Ruhrgebiete. Die französischen Machtgeber bestanden bisher auf Rhein und Ruhr als „Pfänder“ — und man weiß warum. Die französische Machtpolitik will ja nicht in erster Linie Reparationen, sondern sie will Rhein und Ruhr als dauernden Besitz. Diese Politik muß durchkreuzt werden, das ist eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk. Und sie kann nur durchkreuzt werden, wenn man andre, im ganzen Reich wirksame Garantien (Eisen-bahnen z. B.) und auch die Privatwirtschaft anbietet und gibt. Nun hat Poincaré in seinen letzten Erklärungen not-gebrungen, um den Schein zu wahren, daß es ihm „nur“ um Garantien und nicht um Rhein und Ruhr zu tun sei, zu-gesprochen müssen, daß auch schließlich „andre“ Pfänder Ge-lungen haben sollten. Hier ist also ein Punkt, wo eine Ueber-einstimmung vor aller Welt konstatiert werden muß. Mit allem Nachdruck muß nun die deutsche Regierung diese Forderung den Franzosen unterbreiten, vor allem aber auch der englischen Regierung. Die Erklärung Stresemanns darf nur der erste Schritt sein, dem sofort weitere amtliche folgen müssen.

Und als Ergänzung, ja als Voraussetzung dieser aktiven Politik zur Erzielung von Verhandlungen muß nun die Regierung Stresemann die Ordnung der eigenen Finanzwirtschaft betreiben. Die Staatsgewalt muß sich endlich als stärker denn die Wirtschafts- und Besitzinter-essanten erweisen und muß Herr über die Reichs-finanzen werden. Nur so kann die Garantierung der Er-füllungspolitik fundiert werden — indem man den Besitz an die Garantie stellt. Die Erfassung der Sachwerte, mehr noch die Erfassung der Sachwerte ist zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Das weiß nun mindestens der Reichsfinanzminister Hilferding, das wissen die drei andern sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder — und das müssen sie durchzusetzen versuchen. Jetzt endlich muß dazu einmal der Anlauf gemacht, dafür die Kraft des ganzen schaffenden Volkes aufgerufen werden. Einen winzigen Schritt in der Richtung hat Stresemann zu-gesprochen müssen: die Devisenaufnahme und Er-fassung eines kleinen Teiles als Goldabgabe. Das hat nicht einmal für den Augenblick genügt, ist klar, ist auch bereits zugestanden worden. Also zugepackt! Mehr fassen! Mehr diktatorische Notverordnungen gegen den Besitz! Wie weit hier die bürgerlichen Kabinetts-mitglieder getrieben werden können, wird sich bald zeigen. Der Widerstand des Besitzes setzt auf der ganzen Linie ein, er wird rasch genug zum Schlage ausfallen. Dann kommt der kritische Punkt für das Kabinett Stresemann, das Prüfungsfeuer für die große Koalition. Wir wollen heute jede Kritik zurückstellen, um die Aktion nicht zu gefährden, um sie im Gegenteil so weit wie irgend möglich zu treiben. Aber mit Nachdruck stellen wir unermüdet fest, daß die Koalitionsteilnahme der Sozialdemokratie zu den schärfsten Finanzmaßnahmen und kraftvollsten Eingriffen in den Besitz ausgenutzt werden muß. Hier müssen die Massen und ihre Macht ins Spiel gebracht werden, sobald der Wider-stand des Besitzes auffächert.

Und das alles muß geschähen gerade im Hinblick auf die Ermöglichung von Verhandlungen mit Frank-reich und der Entente. Keine Lösung des Reparations-problems ist denkbar ohne die Stabilisierung der Wirtschaft im Innern. Deshalb, Herr Stresemann: Soll Ihre Ver-antwortungspolitik, die Sie ganz gewandt einleiten,

Erfolg haben, so müssen Sie auch gegenüber der deutschen Kapitalherrschaft starke Nerven und einen noch stärkeren Willen haben.

### Die Rede des Reichszanklers

Der neue Reichszankler Stresemann läßt den Brauch parlamentarisch geregelter Länder, durch den Regierungschef in kurzen Zwischenräumen die Auffassung und Stellungnahme des Kabinetts zu den jeweils bedeutenden politischen Fragen öffentlich darzulegen. So hat der Reichszankler am Freitag ein Frühstück des Deutschen Industrie- und Handelslages benutz, um zur augenblicklichen Lage Ausführungen zu machen, die als vorläufige Antwort der Regierung an Frankreich und England ge-dacht sind. Herr Stresemann führte aus:

Was die Welt von den Staatsmännern der Völker erwartet, ist nicht ungeschickte Polemik über vergangene Zeiten, sondern ist der Weg in die Zukunft, der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet, der an die Stelle des Währungschaos und wieder zu den ungeschriebenen Gesetzen des Weltverkehrs zurückführt, auf den sich ein Teil der Wirtschaftswelt der Völker aufbaute. Auch der französische Ministerpräsident hat in Charleville eine praktische Lösung als Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg, auf dem er diese praktische Lösung zu finden beabsichtigt, geht dahin, daß er positive Pfänder für das Fehlen deutscher Reparationsleistungen bean-sprucht. Als solche positiven Pfänder bezeichnet die französische Regierung in ihren Instruktionen an ihre Vorkommissar in London und Brüssel vom 10. und 12. Juni einmal die Garantie der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Wirtschaft, ferner die Inanspruch-nahme der deutschen Völk. Soweit der Grundgedanke in Betracht kommt, eine wirksame Garantie für künftige deutsche Leistungen zu geben, ist die Inanspruchnahme deutschen Reichsbesitzes und deut-scher Wirtschaft auch in dem Memorandum der deutschen Reichs-regierung vom 7. Juni 1923 zum Ausdruck gebracht; jenem Vor-schlag der deutschen Regierung, der zu unserm Bedauern bis heute keine Antwort seitens der Alliierten oder seitens eines alliierten Macht gefunden hat. Wir sind uns bewußt, mit diesem Memo- randum

#### eine grundsätzliche Entscheidung getroffen

zu haben, die deshalb als eine äußerliche Kranzanziehung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie über die Hand-nahme des Reichsbesitzes hinausgeht, die uns verbliebene Kraftquelle, auch der privaten deutschen Wirtschaft, unmittelbar in den Dienst der Garantierung der deutschen künftigen Leistungen hinein-zieht. Gerade von der französischen Regierung ist auf die Be-deutung der deutschen Wirtschaft hingewiesen worden. Wir lesen in dem französischen Gebühn davon, daß der wahre Reichtum Deutschlands nicht zerfällt sei, daß seine wirklichen Hilfsquellen und Steuerkraft, die in seiner Wirtschaft lagen, unberührt für die Zukunft vorhanden seien. Sie wissen ebenso wie ich, daß hier eine Ueber-schätzung der deutschen Wirtschaftskraft vorliegt. Sie wissen ferner, daß die angeblichen großen Gewinne der deutschen Wirtschaft, wie die Verzinsung unserer Anleihen, ausreicht, vielfach so lächerlich gering sind, daß beispielsweise die letzte Jahres-dividende der Deutschen Bank nicht den Wert einer Straßenbahn-fabrik in Berlin ausmacht. Aber wollen wir in dieser deutschen Wirtschaft, was ich nicht bestreite, Möglichkeiten einer Zukunfts-entwicklung sehen, so bedarf es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundzüge des Memorandums der deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der diese letzte und verbliebene Kraftquelle zum Träger der Garantie deutscher Re-parationsverpflichtungen macht. — Die jetzige Regierung hält an dem Angebot der vorigen Regierung fest. Für die Freiheit des deutschen Volkes,

#### für die Bewahrung unsrer Souveränität

für die Konsolidierung unsrer Verhältnisse sehe sie das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten. Wenn die französische Regierung ausdrücklich von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Liefe-rungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könnte sie wohl

#### einen Weg der Verständigung mit uns

finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und Deutsches Reich andererseits gehen. Die, wenn auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die Ueber-erzeugung der rheinländischen Völk, die Ueberzeugung einzelner Bergwerke und Besitztümer an Rhein und Ruhr, wie sie in den Do-kumenten 23 und 25 des französischen Weltbundes in die Debatte geworfen wird, kann von uns nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden. Diese speziell auf das Rhein-land und auf das Ruhrgebiet abgestellte Reparationslösung wirk-lich alle die politischen Fragen auf, die sich in der Regelung des Ruhrgebietes und die sich in der Rheinlandfrage für die internationalen Beziehungen der Völk ergeben. Für uns in Deutschland gibt es keine Rheinlandfrage, die international zu lösen wäre. Die Rheinländer haben im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbstständig darüber zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des Deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken, und bis zur Stunde liegen und nur die Erklärungen sämtlicher deutschen Parteien im Rheinland vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr Rechtsverhältnis zum Reich und Preußen, daß geistlich in ihrer inneren Einstellung begründet ist, das Verzagte zu ändern. Fragen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit können Fragen der Ver-handlungen, können Fragen von Kompromissen sein. Die Frage des deutschen Rheinlandes ist aber für uns keine Frage des Kom-promisses, sie ist für uns die Lebensfrage, in der es für jeden Deutschen, der diesen Namen verdient, in der es für jede deutsche Partei nur ein Ziel gibt: den deutschen Rhein innerhalb des reinen Deutschen Reiches.

Wir akzeptieren mit Genugtuung die Erklärung des fran-zösischen Ministerpräsidenten in den Dokumenten der französi-schen Regierung, daß er weder politische Ziele verfolgt, noch annexionsistische Gedanken hegt. Mit dieser Erklärung sind aber die in Vorschlag gebrachten Lösungen nicht verein-bar, indem sie tatsächlich wirtschaftlich und politisch Rhein und Ruhr einer Sonderbehandlung unterwerfen und damit den Weg zu einer praktischen Lösung, die Deutschland akzeptieren kann, verstopfen.

Erst wenn die politischen Gesichtspunkte, die diesen Vorschlägen innewohnen, zurückgetreten sind gegenüber den wirt-schaftlichen Lebenslösungsmöglichkeiten, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaftskraft teilnehmen kann, wird der Weg für eine praktische Lösung, von der der französische Ministerpräsident in Charleville sprach, offen sein. Es wäre politischer Dilettantismus, wenn die deutsche Regierung ihre Politik auf die Entwertung der Alliierten einstellen wollte. Deutschland kann nur hoffen, daß innerhalb einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten unter sich und mit Deutschland ein Weg gefunden werde, der die berechtigten Ansprüche der Gläu-bigerstaaten mit der Bewahrung deutscher Entwicklungsmöglich-keiten vereinigt, die auch dem deutschen Volk das Recht auf Leben sichert, das der französische Ministerpräsident für Frank-reich in Anspruch nimmt.

Notwendig ist jetzt besonders die Solidarität der Völk. Durch die Völk gehen gerade in Verfolg des Krieges und der Revolution heute die größten Bewegungen auf politischem, sozialem und geistlichem Gebiet. Die Gärung, die in den Völkern lebt, hat ihren Nährboden in der Unsicherheit aller Weltverhält-nisse. Wenn es eine Gemeinsamkeit des Volksgedankens gibt, so müßte sie wohl darin bestehen, die Welt vor neuen Erschütter-ungen zu bewahren und ihr diejenige Konsolidierung zu ver-schaffen, die allein ein Neues und Weiterentwickeln der Natio-nen gewährleistet. Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk, wenn wir zum Ausdruck bringen, daß durch dieses deutsche Volk ein tiefes Sehnen geht,

#### zu Frieden, Freiheit und Ordnung zu kommen.

Wir tun jetzt das Beste, bei uns selbst die Grundlagen dafür zu schaffen. Möge der Ruf an die Staatsmänner, die mächtiger sind als wir, um diesen Verhältnissen auf der ganzen Welt wieder ihre alte Bedeutung zu verschaffen, nicht ungehört ver-hallen. Denn die Lösung der dringenden Fragen, um die es sich jetzt handelt, geht schließlich nicht nur uns an, sie schließlich nicht mehr und nicht weniger in sich, als die Aufrechterhaltung der Kulturgemeinschaft der Völk. Sie endet für Europa in der Entscheidung zwischen Frieden, Wohlstand, Bestimmung, oder Niedergang und Chaos.

#### Ueber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten

hatte Reichszankler Stresemann am Beginn seiner Rede folgen-des ausgesprochen:

Wir werden auch Anforderungen an die Wirtschaft richten müssen, die nicht allein aus dem Einkommen der Wirtschaft ge-leistet werden können. Das wir von Ihnen als den Garantien und Mitteln in außerpolitischen und innerwirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands verlangen, das geht auch

#### an die Substanz der deutschen Wirtschaft.

Sie haben als Unternehmer, Sie haben als Kaufleute Ihre Ar-beit aufgebaut auf dem Glauben an die Zukunft und die Unzer-störbarkeit Ihrer Firmen, Ihrer Unternehmungen, Ihrer Werke. Uebertragen Sie diesen Glauben auf den Staat als solchen. Wenn der Staat nicht mehr besteht, um wieviel weniger würde dann wenig daran liegen, daß meine Wirtschaft besteht. Das Große in einem Menschenleben besteht nicht in dem eigenen Erfolge, sondern in jenem freundigen Erfolg, der dem einzelnen gegeben ist, wenn er sagen kann, daß er einem großen, geachteten Volke, einem großen, geachteten Reiche angehört. Ich glaube, daß das immer die Auffassung des deutschen Kaufmanns gewesen ist und daß er sie praktisch betätigen muß in einer Zeit, in der wir tat-sächlich um den Bestand dieses Staates ringen. Die Notverord-nung über den Devisenfonds ist nicht das einzige Mittel der Re-gierung, durch das sie glaubt, die Dinge besser zu können. Wir werden neben der Mark wertbehaltende Geldzahlungsmittel schaffen, Goldnoten bei der Reichsbank einrichten und wert-behaltende Archive schaffen müssen.

Wir brauchen eine aktive Handelsbilanz und das bedingt, wenigstens in der nächsten Zeit, eine Beschränkung der Importe auf das, was wirklich lebenswichtig ist. Dazu muß eine Förderung der Ausfuhr treten.

#### Wir müssen

wertbehaltende Löhne und Gehälter haben müssen, aber wir werden sie nicht geben dürfen auf der Grundlage des reinen Deutschlands des Friedens, sondern auf der Grundlage des schwer um seine Existenz ringenden Deutsch-lands. Wir werden auch nicht aus der Retardierung und Ver-schiebung herauskommen, wenn wir nicht zu einer Produktions-steigerung im Innern gelangen. Es kommt jetzt für uns darauf an, durch alle diese Mittel einen lebensbejahenden Optimismus der Welt zu zeigen durch das Vertrauen auf die Wirkungen der eigenen Kraft. Denn wir haben kein Recht, auf die Unter-stützung der Welt zu hoffen, wenn wir der Welt nicht beweisen, daß wir selber noch zu uns glauben, und daß wir in der Lage sind, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

#### Bekanntgabe der Notverordnung

Berlin, 24. August. (Via Draht.) Die Notverordnung der Reichsregierung über die Schaffung eines Devisenfonds zu Inter-ventionszwecken und zur Sicherung eines Teiles der Volkswirt-schaft ist jetzt fertiggestellt und wird tomorrow im Laufe des Connachens veröffentlicht werden.